

Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2026

Klimaschutz, Energie- und Umweltpolitik

Die Klimakrise verschärft sich zunehmend: Giftstoffe gefährden sowohl Menschen als auch die Natur, während Plastik inzwischen weltweit verbreitet ist und sich in jedem Lebewesen nachweisen lässt. Lösungen für eine klima- und naturfreundliche Energiewende stehen bereit, doch es mangelt am politischen Willen zur Umsetzung. Es ist dringend erforderlich, jetzt zu handeln und alle Teile der Gesellschaft mitzunehmen.

Klimaneutralität als generationsübergreifende Aufgabe

Unser zentrales Ziel ist die Klimaneutralität, verstanden als eine Verpflichtung über Generationen hinweg. Wir halten am Ziel fest, bis 2030 vollständig aus fossilen Energieträgern auszustiegen und fordern einen sofortigen Stopp aller neuen Planungen und Projekte, die den Ausbau fossiler Energien vorantreiben.

Transparenz und effektives Management

Zur Unterstützung dieser Ziele setzen wir auf transparente Kommunikation – Fakten und Informationen sollen fortlaufend und verständlich veröffentlicht werden. Gleichzeitig ist der Ausbau des Energie- und Klimaschutzmanagements notwendig, um effektive Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Die Energieagentur wird bei der Erstellung von Wärmenutzungsplänen, Maßnahmenvorschlägen und der Erfolgskontrolle unterstützt. Darüber hinaus engagieren wir uns kontinuierlich im Landesentwicklungsprogramm Bayern, um den Flächenverbrauch aktiv zu verhindern. Internationale Kooperationen, insbesondere der Aufbau von Klimapartnerschaften mit Ländern des globalen Südens, sind ein weiterer wichtiger Baustein.

Erneuerbare Energien als Fundament der Energieversorgung

Das Ziel ist ein Strommix aus 100 % erneuerbaren Energien. Dazu sollen Sonnenenergie (Photovoltaik) und Windkraft rasch ausgebaut, Planung und Genehmigung beschleunigt und Vorrangflächen für erneuerbare Energien festgelegt und gesichert werden. Die Beteiligung der Bürger:innen an Planung und Betrieb von PV- und Windenergieanlagen wird gezielt gefördert. PV-Anlagen sollen auf allen geeigneten Flächen installiert werden, insbesondere auf versiegelten Arealen wie Parkplätzen, aber auch auf Lärmschutzwänden und Kläranlagen sowie im Bereich der Agri-PV. Die Stabilität des Stromnetzes wird durch den Ausbau von Netzen und großen Energiespeichern sichergestellt. Das Geothermiepotezial wird großflächig erkundet.

Sozial gerechter Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet sein: Die Resilienz und Partizipation der Bevölkerung sollen gestärkt werden. Die Ausweitung von Grünflächen und kühlenden Oasen schützt Gesundheit und Lebensqualität. Öffentliche Brunnen werden gefördert und eine „Karte der kühlen Orte“ – inklusive Brunnenstandorte – erstellt. Klimaanpassung bedeutet Schutz vor Hitze, Starkregen und Grundwasserknappheit; hierzu werden Schutzpläne ausgearbeitet und per Flyer in jeden Haushalt verteilt. Zudem erhalten alle Bürger:innen Anleitungen für klima- und naturgerechtes Verhalten. Ein Baumschutzprogramm mit Monitoring sorgt dafür, Schädlinge und Krankheiten frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Einkommensschwache Haushalte werden bei energetischen Sanierungen unterstützt. Bürgerenergie-Genossenschaften und Umweltinitiativen werden gefördert.

Landwirtschaft und Naturschutz: Ökologisch und ökonomisch

Der Erhalt und Ausbau von Ökosystemen ist ein zentrales Anliegen. Natürliche CO₂-Speicher wie Wälder, Auen und Moore werden gestärkt – unter anderem durch Investitionen in Schutzprogramme sowie Anreize für Wiedervernässung und extensive Bewirtschaftung. Der Schutz der Gewässer vor Verunreinigung und Artensterben, die Sicherung der Bodenfruchtbarkeit und die Förderung der Biodiversität stehen im Mittelpunkt. Die ökologische/biologische Landwirtschaft wird gefördert, der Pestizid- und Herbizid Einsatz soll vermieden werden. Eine Informationskampagne unterstützt die Verbreitung von Agri-PV. Die artgerechte und klimafreundliche Tierhaltung wird unterstützt, während Mikro- und Nanoplastik in Ackerböden regelmäßig gemessen und veröffentlicht werden. Eine regionale Wasserstrategie sichert die Trinkwasserversorgung über 2030 hinaus; die Grundwasserentnahme wird überwacht und die Pegelstände regelmäßig veröffentlicht.

Mobilität und Verkehr: Sicher, leise und emissionsfrei

Ziel ist eine bezahlbare Mobilität für alle durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit wohnortnahen Einstiegen und mindestens stündlicher Taktung. Innovative Verkehrsangebote wie On-Demand-Services (Rufbusse) und Expressbuslinien, beispielsweise nach Haar und Trudering, werden vorangetrieben. Günstige Schüler- und Auszubildendentickets (365 €) bleiben erhalten. Die E-Mobilität wird durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur – auch für E-Bikes – gefördert. Der Umstieg vom Auto auf das Rad oder E-Bike wird durch den Ausbau von Radwegen und Fahrradschnellwegen, auch über Landkreisgrenzen hinweg, erleichtert. Fußgänger erhalten mehr Raum, Sicherheit und ein angenehmes Umfeld. Beim Brenner-Nordzulauf der Deutschen Bahn wird eine schnelle Entscheidung zur Streckenführung gefordert, wobei Lärm- und Erschütterungsschutz sowie Naturschutz für die gesamte Strecke Priorität haben.

Bausektor: Nachhaltig und klimaneutral

Im Bausektor setzen wir auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Für Neubauten und Sanierungen gilt eine Solarpflicht. Die Wärmewende wird durch den Einsatz von Geothermie, Wärmepumpen und anderen klimaneutralen Technologien beschleunigt. Öffentliche Gebäude sollen energieautark werden. Sanierung und Erhalt haben Vorrang vor Abriss und Neubau. Es wird angestrebt, kostengünstig, schnell und einfach zu bauen (Gebäudetyp E). Die Bauleitplanung wird angepasst – mit Förderprogrammen für Holzbau, Grünflächen, Regenwassermanagement und der Vermeidung von Versiegelungen. Nachhaltige Baustoffe wie recycelte, wiederverwertbare und nachwachsende Materialien kommen verstärkt zum Einsatz. Die Gesamtbilanz von „Grauer Energie“ und Emissionen im Lebenszyklus von Gebäuden wird berücksichtigt, Bauherren dazu informiert und in eigenen Ausschreibungen umgesetzt. Abfallvermeidung am Bau wird eingefordert.

Industrie & Wirtschaft: Klimaresilient umbauen

Das Projekt „Die Klimaneutralen“ wird gefördert und weitere Unternehmensnetzwerke beim Umstieg auf klimagerechte Technologien unterstützt. Unternehmen werden über Veränderungen im Wasserkreislauf und deren Auswirkungen informiert. Die betriebswirtschaftlichen Vorteile von Regenwasserzisternen und separaten Brauchwasserleitungen werden aufgezeigt. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet, Informationen zu klimaneutraler Produktion und Klimaschutzmaßnahmen im Betrieb bereitzustellen und Mitarbeitende zu schützen. Abfallvermeidung und Mülltrennung werden in allen Betrieben eingefordert. Umschulungen auf zukunftssichere Berufe werden gefördert.

Fazit: Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft

Der Landkreis Ebersberg nimmt eine Vorbildrolle im Klima- und Naturschutz ein. Gemeinsam setzen wir uns für eine lebenswerte Zukunft ein – für uns und kommende Generationen.

Brenner-Nordzulauf: Lärmschutz und Erschütterungsschutz an der Bestandsstrecke

Mit der geplanten Inbetriebnahme des Brenner-Basis-Tunnels im Jahr 2032 wird ein bedeutender Ausbau des Schienenverkehrs nach Italien erwartet. Die Folge ist eine erhebliche Steigerung der Zugzahlen – bis hin zur Verdoppelung – und damit eine deutliche Zunahme der Lärmbelastung entlang der bestehenden Bahnstrecke.

Da die Trasse bereits existiert, gelten die gesetzlichen Grenzwerte für den Lärmschutz. Die für Neubaustrecken vorgeschriebenen Grenzwerte sollen hier nicht gelten. Nach aktuellem Planungsstand soll der gesamte Bahnverkehr zwischen Trudering und Grafing weiterhin über

die Bestandsstrecke geführt werden – und das ohne zusätzliche Maßnahmen zum Lärm- und Erschütterungsschutz.

Schon heute sind die Bürger: innen im Landkreis Ebersberg entlang der Gleise einer erheblichen Lärmbelastung ausgesetzt. Diese Belastungen überschreiten oftmals die zulässigen Immissionsgrenzwerte und liegen insbesondere nachts deutlich über der Schwelle zum gesundheitsgefährdenden Lärm von 60 dB. Der Schutz der Anwohner entlang dieser besonders betroffenen Bahnstrecke ist daher dringend erforderlich.

Die SPD fordert, dass für die Bestandsstrecke ein adäquater Lärm- und Erschütterungsschutz nach Neubaustandard umgesetzt wird – wie es beispielsweise im österreichischen Unterinntal oder am Oberrhein bereits praktiziert wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Bestandsstrecken anders bewertet und behandelt werden als Neubaustrecken. Eine solche Ungleichbehandlung ist aus rechtlicher Sicht nicht haltbar.

Zusätzlich stellt die steigende Zugfrequenz die Infrastruktur vor weitere Herausforderungen. Um den erhöhten Verkehr zu bewältigen, ist eine Mischnutzung der S-Bahngleise nicht auszuschließen, wodurch sich die Pünktlichkeit des S-Bahnverkehrs weiter verschlechtern könnte. Auch dies gilt es zu verhindern.

Die SPD setzt sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- Umfassende Information und bessere Einbindung der betroffenen Gemeinden
- Lärmschutz nach Neubaustandard
- Erschütterungsschutz nach Neubaustandard
- Kein Mischverkehr auf den S-Bahngleisen